

Ersteinst
Wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Gottlingen-Zürich.
Verkäufungen
franco gegen franco.
Wöchentliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Tappelposten.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnement
werden bei allen Schweizerischen
Postbüreau, sowie beim Verlag
mit dessen bekanntem Agenten
entgegengenommen und zwar zum
vorwärts zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Anzugsband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvernt)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvernt)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Anzugsband).
Inserte
Die billigste Preispolitik
25 Cts. — 30 Pf.

N. 9.

Donnerstag, 22. Februar.

1883.

Preis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begibt sich der Verlag in die Lage, Briefe von dort an uns zu empfangen, welche wir dann an die dortigen Agenten weiterleiten werden. In der Schweiz ist der Briefverkehr nicht verboten, so daß wir Briefe von dort an uns empfangen können. Die Briefe werden aber nur dann an die dortigen Agenten weitergeleitet, wenn sie von dort kommen. Die Briefe von der Schweiz werden nur dann an die dortigen Agenten weitergeleitet, wenn sie von dort kommen. Die Briefe von der Schweiz werden nur dann an die dortigen Agenten weitergeleitet, wenn sie von dort kommen.

alt möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Anstalt außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverlässliche Zustellungsbefehle mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deshalb größere Sicherheit beim Annehmen. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Tagesordnung

für die bevorstehende Parteiberathung.

- I. Mittheilungen über Gang und Stand der Partei-Bewegung.
- II. Die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten.
- III. Die Stellung der Partei zu der Bismarckschen Sozialreform.
- IV. Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
- V. Erledigung der Anträge aus der Mitte der Delegirten.

Die von mehr als 40 Delegirten der sächsischen Wahlkreise XV, XVI, XVII, XIX und XXI besuchte Konferenz hat mit Einstimmigkeit nachfolgende Resolutionen an die Allgem. Parteiberathung beschlossen:

1. Die Konferenz spricht sich entschieden gegen jede Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen, sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulirende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtslos prinzipientreues Vorgehen der Partei.
2. Sie erklärt sich deshalb mit dem energischen Auftreten der Genossen Bismarck, Grillenberg und Liebknecht in den Reichstagsverhandlungen über den Belagerungszustand und die Aufhebung der Ausnahmegefesze, sowie mit der Gesamthaltung des Parteiorgans vollkommen einverstanden.
3. Die Konferenz verlangt, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Aufstellungen der Kandidaten nicht auf Vorschlag zu Rathe gezogener Genossen stattfinden dürfen, sondern daß die Aufstellung einheitlich organisiert werde und durch einen oder mehrere Zentral-Wahlauausschüsse im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolge.
4. Weiter soll das bei den letzten Wahlen verschiedentlich befolgte System der Aufstellung eines Kandidaten in einem Duzend und mehr Wahlkreisen verlassen und sollen, namentlich für Zahlkandidaturen, auch solche Genossen aufgestellt werden, welche zwar einen politisch weniger bekannten Namen haben, aber in ihren Kreisen Vertrauen genießen und eine hinreichend unabhängige Stellung einnehmen.

Eine neue Propagandabroschüre.

Schon oft ist von Seiten der Parteigenossen der Wunsch nach Vermehrung unserer Parteiliteratur ausgesprochen worden. So tüchtige Dienste das Vorhandene bisher geleistet, so macht sich doch die Thatfache, daß mehr als zwei Drittel unserer Agitationschriften Gelegenheitschriften sind, geschaffen durch die Nothwendigkeit des Augenblickes, und deshalb diesem angepaßt, immer mehr fühlbar. Wir kämpfen heute unter ganz anderen Verhältnissen als vor 10 oder 20 Jahren. Die Gegner präsentiren sich heute, gezwungen durch unsere Agitation, in ganz anderem Gewande als damals, wir erinnern uns an den Bismarckschen, den christlich-feudalen und den bürgerlich-demokratischen „Staatssozialismus“, so daß trotz ihres guten Kerns viele unserer Broschüren heute veraltet und deshalb zur Agitation unbrauchbar geworden sind.

Das ist, wie gesagt, nicht etwa nur von einzelnen Führern, sondern allgemein von den Parteigenossen erkannt und ausgesprochen worden. Aber mit dem Ruf „Neue Broschüren!“ allein war es nicht gethan, es handelte sich darum, das Veraltete nicht lediglich durch neue, sondern durch gute neue Broschüren zu ersetzen, Broschüren, die auf der Höhe der Zeit und der vorgeschrittensten sozialistischen Erkenntnis sich befinden. In diesem Sinne hat sich die Redaktion des „Sozialdemokrat“ zunächst an unsere hervorragendsten Vorkämpfer gewendet, und ist heute in der angenehmen Lage, den Genossen mittheilen zu können, daß schon in den nächsten Tagen eine Broschüre in unserer Verlage erscheint, welche als eine wirkliche Bereicherung unserer Parteiliteratur bezeichnet werden darf. Sie führt den Titel: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Zügen wir noch hinzu, daß der Verfasser dieser Broschüre Niemand anders ist, als unser Genosse Friedrich Engels, so haben wir damit bereits das Genügende zu ihrer Empfehlung gesagt. Indes halten wir uns verpflichtet, den Genossen auch über den Inhalt dieser neuen Broschüre einiges mitzutheilen.

Lassen wir zunächst Engels selbst sprechen. Es heißt da im Vorwort:

„Die nachfolgende Schrift ist entstanden aus drei Kapiteln meiner Arbeit: Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Leipzig 1878“. Ich stellte sie für meinen Freund Paul Lafargue zusammen zur Uebersetzung ins Französische und fügte einige weitere Ausführungen hinzu. Die von mir durchgesehene

französische Uebersetzung erschien zuerst in der Revue socialiste und dann selbstständig unter dem Titel: Socialisme utopique et socialisme scientifique, Paris 1880. Eine nach der französischen Uebersetzung ausgeführte Uebersetzung ins Polnische ist soeben in Genf erschienen und führt den Titel: Socializm utopijny a naukowy, Imprimerie de l'Aurore, Genève 1882.

Der überraschende Erfolg der Lafargueschen Uebersetzung in den Ländern französischer Zunge und namentlich in Frankreich selbst mußte mir die Frage aufdrängen, ob nicht eine deutsche Separatausgabe dieser drei Kapitel ebenfalls von Nutzen sein werde. Da theilte mir die Redaktion des Züricher „Sozialdemokrat“ mit, daß innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei allgemein das Verlangen nach Herausgabe neuer Propaganda-Broschüren erhoben werde, und frag mich, ob ich nicht jene drei Kapitel dazu bestimmen wolle. Ich war damit selbstredend einverstanden, und stellte meine Arbeit zur Verfügung.

Da nun aber diese Arbeit ursprünglich gar nicht für die unmittelbare Volkspropaganda geschrieben war, so hat Genosse Engels nicht etwa nur die Fremdwörter, wo das nur irgend anging, aus ihr entfernt, sondern auch zahlreiche erläuternde Zusätze in den Text eingeflochten. Aber, damit nicht zufrieden, hat Engels auch noch der Broschüre in einem Anhang einen Aufsatz über die Marx'sche ursprüngliche Form des Gemeinbesitzes an Grund und Boden bei den Deutschen, angefügt, der in klarer, verständlicher Darstellung zeigt, unter welchen Umständen das heutige Privateigenthum an Grund und Boden sich entwickelt hat, wie das Landvolk seit mehr als einem Jahrtausend um sein Erbe, sein „Patrimonium“, beraubt, bestohlen und betrogen worden ist — von Kirche und Staat, Adel und Geldproleten. Es ist die Frucht jahrelanger und sehr eingehender Studien, welche der Verfasser hier in so anspruchsvoller Form den deutschen Arbeitern zum Geschenk macht, in der Voraussetzung, sie werden dieselbe zur Agitation bei dem Landvolk gehörig verwerthen.

Und in der That, ist etwas geeigneter, das Landvolk zu revolutioniren, als der Nachweis, daß seine sogenannte Emanzipation ihm nur zum kleinsten Theil das wiedererstattet hat, was ihm durch Raub, Diebstahl und Betrug genommen worden war, daß diese selbst in Deutschland erst in die Hand genommen wurde, nachdem in Frankreich die große Revolution von 1789 mit den Vorrechten der gnädigen Herren und diesen selbst aufgeräumt hatte, und daß es erst einer zweiten (1830) und dritten (1848) Erhebung des französischen Volkes, und der an die Letztere sich anschließende Revolution in Deutschland, bedurfte, bis diese Viertelemanzipation endlich zu Stande kam? Ist etwas geeigneter, den heut unter der Hypothek- und Steuerlast zu Grunde gehenden Bauer für den Sozialismus zu gewinnen, als der Nachweis, wie frei und unabhängig seine Vorfahren unter der Herrschaft des Gemeinbesitzes an Grund und Boden lebten? Wie seine angeblichen Freunde, die Großgrundbesitzer, es gerade sind, deren Vorfahren die seinen bestohlen und betrogen haben, daß er neben ihnen nie auf einen grünen Zweig kommen wird, daß ihm nur durch die Rückkehr des Grund- und Bodens in den Gemeinbesitz und den gesellschaftlichen Betrieb des Ackerbaues geholfen werden kann, wofür keine andere Klasse heute eintritt außer der Arbeiterklasse.

Die eigentliche Broschüre besteht aus drei Abschnitten. Im ersten wird der utopische Sozialismus geschildert, erklärt, wie er entstand, und warum er, trotz der Genialität seiner Väter, utopisch sein und bleiben mußte. Der zweite Abschnitt zeigt uns den Gegensatz zwischen idealistischer und materialistischer Geschichtsauffassung, sowie die Bedeutung der Letzteren für die richtige Beurtheilung der verschiedenen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens. Nur auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung ist es möglich gewesen, dem Sozialismus eine wissenschaftliche Basis zu geben, ihn aus dem Gebiet der luftigen, abenteuerlichen Phantasie in das der konkreten Forschung zu verpflanzen. Wie das aber möglich geworden ist, wie die Aufgabe gelöst wurde, und mit ihr zugleich den wissenschaftlichen Nachweis nicht von der Schönheit und Nützlichkeit, sondern von der Möglichkeit und Nothwendigkeit des Sozialismus, das finden wir im dritten Abschnitt klar und ausführlich entwickelt.

Engels sagt u. A. in seiner neuesten Broschüre: „Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltthätig, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Thätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittels ihrer unsere Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen — und gegen dies Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Vertheidiger — solange

wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziirten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers.“

Und am Schluß:
„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Waarenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf um's Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Thierreich, tritt aus thierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Thuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyirt gegenüberstand, wird jetzt ihre eigene freie That. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Nothwendigkeit in das Reich der Freiheit.“
Soviel für heute über unsere neueste Parteibroschüre.

Von der patentirten Ehre.

Ein weiterer Beitrag zum Thema von der freien Liebe und der Moralität der Puttkamer und Berufsgenossen.

Aus Salzwedel, einem urlokalen Städtchen der Brandenburgischen Altmark, erhalten wir folgende Zuschrift, die wir mit Vergnügen hiermit zum Abdruck bringen. Nicht etwa aus Lust am Skandal, sondern weil sie einen weiteren Beitrag zur Charakteristik jener Gesellschaft liefert, die beständig von Ehre, Moral und guter Sitze redet, als ob sie dieselbe gepachtet hätte, die sich im Gegensatz zum Volk, das sie verachtet, auf dessen Kosten aber sie sich mäuset, dessen Schweiß sie vergendet, die „gute“, die „höhere“, nennt. Darüber indes weiter unten, geben wir zunächst dem Einsender das Wort:

Ein Staatsminister, und zwar ein Ständes- und Gefinnungsgenosse des Herrn von Puttkamer, wie dieser ein Focher für Eugend, Sittlichkeit und Christenthum, ist es, mit dessen hoffnungslosem Sohn wir die Leser des „Sozialdemokrat“ heute bekannt zu machen haben.

Herr von Krosigk, Staatsminister im Lande Anhalt-Desau, ist der Vater unseres „Gelben“, des Herrn Eberhard von Krosigk, zur Zeit Lieutenant im 4. Kürassier-Regiment in Münster, vorher Adjutant im 16. Ulanen-Regiment in Salzwedel. Ueber die Jugendjahre des Herrn Lieutenant ist uns leider wenig bekannt, wir müssen unsere Erzählung mit dem Aufenthalt desselben in Salzwedel beginnen. Als diesem Städtchen der Altmark die ganz besondere Ehre zu Theil wurde, den Sohn eines hochadligen Ministers zu beherbergen, da setzte dieser junge Edelmann sofort seinen höchsten Stolz darein, die ruhmvollen Uebertreibungen seiner Familie, ihre Aufkämpfungen über Moral und Ehre durch die That zu bekunden. Als echter Germane hoffte er, was die Rehle nur immer herunterzubringen vermochte, und wenn er auch so manche tausend Mark auf diese Art verjubelte, so sorgte doch sein Herr Papa, der es als Staatsminister dazu hat, hochherzig dafür, daß sein Sproßling sein echt aristokratisches Leben ohne Sorgen fortführen konnte. Das Dessauische Volk bezahlte ja gern und willig. Aber nicht nur dem Gotte Bachus huldigte der junge Krieger, sondern auch der Göttin der Liebe, und wie standesgemäß er in dieser Beziehung sich aufführte, das verdient zu Ruhm und Frommen der plebejischen Welt hier mitgetheilt zu werden.

Da lebte in Salzwedel ein armer erblindeter Scheerenfleischer Namens Hermann, der eine recht hübsche Tochter besaß. Es währte nicht lange, so hatte der edle Eberhard das junge Mädchen in sein liebendes Herz eingeschlossen, feurige Erklärungen erfolgten, und siehe da, eines Tags wurde dem armen Scheerenfleischer die Ehre zu Theil, gleichzeitig mit dem Herrn Staatsminister von Krosigk Großvater zu werden. Aber, man denke! der Scheerenfleischer war damit noch nicht zufrieden, sondern bildete sich ein, Eberhard werde so ein ganz gewöhnliches, zum Plebs gehörendes Weibebild nun auch heirathen! Aber bald wurde ihm klar gemacht, daß er mit dieser Meinung auf dem Holzwege sei, eine dauernde Verbindung mit einer Schleierstochter würde die Ähnen Deere von Krosigk entehren, seine Tochter könne nie Frau von Krosigk werden. Die arme Tochter des Schleifers jammerte, sprach von Untrene und Betrach und wurde obendrein vom blinden Vater mit Vorwürfen über-

schüttelt — Eberhard aber zeigte, daß er ein Mann von Ehre sei. Edel und großmütig zahlte er 50) Thaler als Beweis, wie hoch er seine Schwüre löste, und daß er Tugend, Sitte und Moral für unerschütterbar halte!

Damit war dieser „Fall“ für ihn erledigt. Nun zu einem andern „Fall“:

Der Hauptwache gegenüber wohnte der Gastwirt Wettengeß, und bald hatte der süße Eberhard entdeckt, daß dieser ein blühendes, erst 15 Sommer zählendes Mädchen besaß. Der Eroberungsplan war bald entworfen: der Herr Lieutenant ließ sich vom benannten Wirth das Frühstück zur Wache schicken, und zwar mußte die schöne Bertha Bettengel selber das Frühstück dem Eberhard serviren. Es dauerte auch nicht lange, und der süße Eberhard hatte dem jungen Mädchen eine feurige Liebeserklärung gemacht. Doch es ihm sehr leicht fiel, ein unerfahrenes Mädchen zu entzünden, ist erklärlich; aus Schlichterheit verschwiegen dieses den Eltern den Vorfall und trug nach wie vor das Frühstück zur Wache. Eberhard setzte natürlich die Liebeswerbung ungehindert fort; als aber das Mädchen doch standhaft blieb, warf er sich eines schönen Tages ihr zu Füßen und erklärte es für sein Unglück, wenn sie ihn nicht erhöhe. Auf den Einwand, sie sei „ja nur eine gewöhnliche Bürgerstochter“, rief der Herr Eberhard liebeglühend aus: „Ich werde Sie nie verlassen, darauf gebe ich Ihnen das Höchste, was ich besitze, mein Ehrenwort als Offizier! — O Bertha, wissen Sie nicht, was das Ehrenwort eines Offiziers zu bedeuten hat?“ — Als die Frage mit einem lauten Nein! beantwortet wurde, rief Eberhard empfindlich aus: „Ich würde von meinen Kameraden in die Acht erklärt werden, wenn ich dieses in dieser heiligen Stunde gegebene Ehrenwort als Offizier nicht einlösen würde.“ (Wörtlich.)

Nun: Bertha Bettengel wurde gleichfalls ein Opfer der Verführungskünste des schüchtern Eberhard v. Kroszig; ehe ein Jahr verging, schenkte sie einem Mädchen das Leben. Und nun zeigte es sich, was das Ehrenwort eines Offiziers zu bedeuten hat. Umsonst wurde an das Ehrenwort des Eberhard von Kroszig appellirt, er verdüsterte misfammt demselben nach Wulfert. Der Vater der Verführten begab sich dorthin und forderte Eberhard auf, als Ehrenmann sein Wort zu halten. Eberhard aber zeigte sich wiederum standhaft als Kanakier und erklärte, hierauf nicht einzugehen. Nicht einmal seinen Namen dürfe das Kind führen; auch sollte ihm keine handgemäße Erziehung zu Theil werden. „Und wenn Sie, Herr Bettengel, darauf bestehen“, rief Eberhard drohend aus, „und es soweit treiben, gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, dann werde ich mit Ihnen ein anderes Wort reden!“

Gläubte dieser Schuft etwa, das Mädchen einer feilen Dirne gleichstellen zu dürfen, sich sagend, Du hast sie mit Geschenken bedacht, nun laßst Du, wenn alle Stränge reißen, es riskiren? Oder verließ er sich auf das: „Es gibt noch Richter in Preußen? Wir wissen es nicht; genug, der Vater ging ununterrichteter Sache wieder ab, das Mädchen bleibt seinem Schmerz überlassen, und Eberhard stolziert mit seiner sondernen Offizierschere in Münster herum und hat sich jetzt mit dem Fräulein von Löpel, einer Dame seines „Gebürtens“, Tochter eines einstmalsigen Kommandeurs des 16. Infanterieregiments, verlobt. Ob Fräulein v. Löpel wohl Holz ist auf die Ehre ihres Zukünftigen? Ob sie wohl dieselbe Meinung von Ehre, Sitte u. dgl. hat?

So der Einsender. Was seine letzte Frage anbetrifft, so haben wir als Antwort nur die Gegenfrage: Warum nicht? In den blaublütigen Kreisen, deren Sitten das Gebelnde und nichtgeadelte, das beschneitene und unbeschneitene Geldproletariat slavisch nachzudenken sich bemüht, nimmt man an solch „galantem“ Abenteuer keinen Anstoß. Man heirathet ja doch nicht aus Liebe, sondern um eine handgemäße Partie zu machen und die edle Kasse fortzupflanzen. Im Uebrigen mahnt man die „Dehors“, den äußeren Schein, und kümmert sich nicht viel um einander. Namentlich dem Herrn Gemahl ist Alles erlaubt, vor und nach der Trauung. Das wird den Mädchen „vom Stande“ von Jugend auf eingeprägt.

Aber die Offizierschere, das gebrochene Ehrenwort?

Gewiß, die Offizierschere, das ist auch so ein Erkundung! Ja, wenn der Busche Eberhard sich gemüthlich hätte, mit irgend einem satisfaktionsfähigen Kaufbold ein Duell einzugehen, das wäre etwas Anderes gewesen, aber so einer „bürgerlichen Waise gegenüber“, da taun ja im Ernst von Ehrenwort nicht die Rede sein. O, es ist ein ganz eigentümliches Ding, diese Offizierschere. Da hüten sie ihr Corps nach Unten hin mit rührender Sorgfalt vor jedem „unwürdigen Eindringling“, da wird bei jedem blügerlichen Aspiranten auf's Beinstichste untersucht, ob auf der Familie auch nur der leiseste Makel haften, nie aber hört man, daß ein Mitglied eines Offizierscorps gegen die standalöse Aufführung eines hochschendenden „Kameraden“ Protest eingelegt hätte, und wäre dieselbe auch so wehrlos, wie die des Generalleutnants Prinz Karl von Preußen. Nicht Einem Mitglied des Offizierscorps, dem dieser Wüßling angehört, hat sein „Ergeschül“ vorgeschrieben, aus einer solchen Gemeinshaft auszutreten, da er, den der sie entseht, nicht entsernen konnte. Vorwärts Vorwärts auf der einen und ängstlicher Schluß auf der anderen Seite — das allein sind die Grundlagen dieser patentirten Ehre, die keine Schamerei verhindert, keiner Brutalität vorbeugt, die den Splitter bemerkt, den Balken aber vornehm ignoriert.

Sage man uns nicht, wir schütteln das Kind mit dem Bade aus. Wir wollen den Beweis für unsere Behauptung liefern. Von dieser Nummer werden dem Offizierscorps des westfälischen Infanterieregiments, welchem Eberhard von Kroszig angehört, mehrere Exemplare zugesandt werden; und sobald wir erfahren, daß der wortbrüchige Schurke aus demselben mit Schimpf und Schande ausgestoßen worden ist, wollen wir offen bekennen, daß wir uns geirrt, daß man auch in jenen Kreisen Verstandnis besitzt für Das, was der „Pöbel“, das „gemeine Volk“, unter Ehre und Pflicht versteht.“

Oesterreichische Justiz.

Nachträgliches über den Prager Sozialistenprozeß. Prag, Ende Januar.

„Aus dem Lande der Wiskra und Praxals. Vom 4. bis zum 23. Dezember v. J. war das Prager Landesgericht wiederum der Schauplatz einer jener jetzt so häufigen Gerichtsombdien, welche eigentlich eine Schande für unsere Zeit sind, deren Vorhandensein aber deutlich beweist, wie herrlich weit wir es schon in der Kultur gebracht haben. Seit die Anbahnung des verstorbenen Trinkgeldministers Dr. Wiskra: „Die Sozialdemokratie ist staatsgefährlich“ von unserer allezeit verdammenswerthen Justiz zum Grundgesetz erhoben worden ist, tummeln unsere Themiensrichter dieselbe nahezu täglich in der Verhandlung der Sozialdemokraten, wie im Mittelalter ihre hochnotpeinlichen Kollegen gegen die Keger, die Jamborer und Heren entfaltet haben.

Man kann uns zwar nicht mehr soltera, rädern, rösten und verbrennen, denn die göttliche Themis steht den Janakischen in „Rückensitze“ machenden Pfaffen nicht mehr wie früher zu Gebote, dagegen ist sie bei uns in Oesterreich, wie in allen anderen Staaten, in Dienst der Regierung und der herrschenden Klassen getreten und muß nun in allen Ländern Schwert und Wage eifrig handhaben gegen die bösen Sozialisten, Anarchisten, Nihilisten und noch einigen anderen Isten, gleichwie ein altes Fischeiweid mit Wage und Messer hantiert, d. h. unsere hohen und niederen Justizaleien lassen sich für Geld, Beförderungen im Range und andere sonstige besondere Auszeichnungen dabei, die schrecklichsten Gewaltthaten gegen die persönliche Freiheit und Sicherheit der Staatsbürger und die verfassungsmäßigen Rechte derselben, als da sind: Meinungs-, Wissens- und Pressefreiheit, Verein- und Versammlungsrechte, Koalitionsfreiheit und dergl., zu verüben.

In dem Konstreprozeß gegen 50 Sozialisten des nordwestlichen Böhmen, dessen Hauptverhandlung vom 4.—23. Dezember v. J. dauerte und wie gewöhnlich mit der Verurtheilung der meisten Angeklagten endete, lautete die Anklage bei Allen beinahe auf das Vergehen der Geheimhänderei, Verbreitung verbotener Druckschriften ausreichenden Inhalts u. dgl., des lieben Publikums wegen, der Gesellschaft einen gehörigen Ruck zu geben, waren aber dieses Vergehen wegen des Verbreitens der verbotenen Verleitung zur öffentlichen Gewaltthätigkeit und Genosse Leuchert wegen versuchter Majestätsbeleidigung, begangen durch Verbreitung der Nr. 19 des „Sozialdemokrat“, und durch die versuchte Verbreitung einer selbstverfaßten Widerrufsammlung: „An das von fürstlich-papstlichen Schergen geknechtete Volk“ angeklagt.

Es würde hier zu viel Raum beanspruchen, eine detaillierte Schilderung dieser denkwürdigen Verhandlung zu geben; ich beschränke mich daher nur auf einige allgemeine Bemerkungen.

Die Anklage in diesem modernen politischen Antidafis, wie alles Gute, kam von oben. Das Material zum Scherhaufen lieferte unsere Wohlbezahnte und daher Albrechts Polizey mit ihrer berühmten Gewissenhaftigkeit, und das Brimborium mit Kreuzfix und goldenen Krügen machte ein speziell zu diesem Zweck für ganz Böhmen (glückliches Böhmen) delegirtes viergliedriges Gerichtshof oder, wie der Staatsanwalt das Ding immer bedeutsam nannte: ein „geprüfter Erkenntnisrat“, welcher aus den Landgerichtsräthen Swoboda (Präsident), Baril, Dr. Tischer bestand; als öffentlicher Ankläger fungierte der bekannte Sozialistenverfolger Staatsanwaltsadjunkt Schneider-Swoboda. Die Voruntersuchung hatte der alte Sänder Landgerichtsrath Kroschitzky geführt, mit welchem sich die Sozialrevolutionäre den schlechten Witz gemacht haben sollen, ihm in einem Drohbrief sein Todesurtheil zu übersenden.

Um die Sache in den Augen der Philister recht genzlich zu machen und sich selber das viele „Erstgenannte“ vor dem Publikum zu ersparen, beschloß der hohe Gerichtshof die Geheimhaltung der Verhandlung und schätzte wie gewöhnlich Gründe der öffentlichen Ruhe und Ordnung vor.

Die Vertheidigung hatten Herr Dr. Sigismund Wolf-Eppinger und Dr. Heinrich Glaser aus Wien für die deutschen Angeklagten, Herr Dr. Adolf Stranitzky aus Brünn für die tschechischen, übernommen.

Gleich Eingangs der Verhandlung bestritt Dr. Wolf-Eppinger die Kompetenz des Gerichtshofes im Falle Leuchert (Majestätsbeleidigung durch Verbreitung des „Sozialdemokrat“), weil dieses Delikt nach Art. 2, lit. A. Einführungsgezet der Str.-Proz. Ordnung vor die Geschworenen gehöre. Der Staatsanwalt zog daher auch noch kurzer Auseinandersetzung diesen Theil seiner Anklage zurück; im Uebrigen gab er sich redlich Mühe, seine Anklage juristisch zu begründen, was ihm jedoch schlecht gelang; obwohl man sich die meisten Belastungszeugen geradezu präparirt hatte und beispielsweise nicht schämte, einen gemeinen zur Zeit in Strafhaft befindlichen Dieb als Zeugen vorzuführen, der mit Genosse Heller in einer Inquisitionsselle gefesselt, sich mit ihm entzweit und ihn schwerlich denunzirt hatte; wie man überhaupt bekanntlich Ansehens der Sozialisten auf die Mitgefängenen derselben einen lebhaften Druck ausübte. Die übrigen Zeugen, unter denen sich neun Gensdarmen, zwei Bezirkshauptleute, ein Polizeikommissär und etwa ein Duzend Zivilpersonen befanden, brachten durchweg, Dank der vortrefflichen Vertheidigung, mehr den Staatsanwalt als die Angeklagten in Verlegenheit. Dasselbe Mauthur hatte der Staatsanwalt mit den Polizeinoten, gendarmlichen Relationen und sonstigen Personalausweisen.

Die Polizeinoten erwießen sich als notariisch falsch, indem sie z. B. Personen als äußerst verdächtig bezeichneten, und welche man dieserhalb in Untersuchung ziehen wollte, die schon Jahre lang im Grabe schlummern oder in Amerika weilen. Ferner bezichtigten sie einen Genossen, am 6. Mai vorigen Jahres einer geheimen Zusammenkunft in Prag bezichtigt zu haben, welcher damals schon seit Wochen im Kreisgerichtsgefängnisse zu Leitmeritz inhaftirt war u. s. w. Die Notizen der Behörden und Gendarmen, welche sich auf dem Papier so schönlich ausnahmen, wurden durch die unbluthigen Aussagen ihrer Verfasser ganz bedeutend reduziert und abgeschwächt. Einem Bürgermeister war das Sittenzeugniß eines Angeklagten, ausgegeben von Seiten der Bezirksbehörde, zur Unterchrift vorgelegt worden; er unterschrieb das seinen Ortskollegen beiliegende Zeugniß, ohne es gelesen zu haben. Nach Vorhalt desselben wunderte er sich, daß er so etwas habe unterschreiben können, und stellte dem Angeklagten ein besseres aus, auf Grund dessen dieser freigesprochen wurde, nachdem er zwei Monate in Untersuchungshaft gewesen. Den Bürgermeister für seinen Reichthum zur Verantwortung zu ziehen, fiel natürlich Niemand ein. Auch die auf „vertraulichem Wege“ den Behörden zugegangenen verlässlichen Mittheilungen jener dunklen Ehrenthümer, die man sonst Spitzel, Denunzianten u. dgl. nennt, erwießen sich dort, wo ihre Verlässlichkeit eigentlich Probe halten sollte, als unwahr und unbestimmt.

Das bei mehr als 100 Handaufnahmen saßte Beweismaterial lieferte zwar den Beweis, daß der Sozialismus im nordwestlichen Böhmen eifrig propagirt wird, aber nichts, womit sich die Existenz eines Geheimbundes erweisen ließ; denn die Adressen und Listen bezogen sich auf Krankenkassenwesen, Unterstufung, Kolportage u. s. w.

Keiner der 50 Angeklagten machte bei der Verhandlung eine Aussage, mit welcher er eine Theilnahme an einem Geheimbunde, oder die Existenz eines solchen zugestanden hätte, was doch viel heißen will.

Also Pech und nichts als Pech auf Seite des Staatsanwaltes! Um nichts und wieder nichts hatte man verschiedene von den kreisenden Bergleuten in Ketten von Dux und Umgebung nach Prag geschafft, wie wilde Thiere zusammengeeffelt. Familieadvokater, Ernährer von 4 und 5 Kindern über ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten, ihr Gewerbe, ihre Familien gründlich ruiniert und so eine Summe von Geld geschaffen. Die Dynamitpatronen, die alten Bischöfen, die Chiffrieratzen, die geheimen Exekutivkomitees, die unsichtbaren Tinten und dergl. — das Alles war umsonst in die Anklage verflochten worden. Nirgends die Spur von einer Verschwörung oder einem Geheimbunde, desto mehr Beweis aber von einer rühmigen Propaganda der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche stets und immer die größtmögliche Oeffentlichkeit suchte und ihrer Natur nach suchen muß, welcher aber stets und immer seitens der L. L. Behörden durch reaktionäre Anklage des Vereins- und Versammlungsgezetes, sowie der Preßgezet und des Koalitionsgezetes, das Oeffentlichkeitsrecht systematisch entzogen wird.

Aber westwegen die Sozialdemokraten verbrannt werden müssen, das ist ja gerade dieses eifrige Agitiren für ihr Programm, dieses Agitiren verurtheilt ja dem reaktionären Gesichter die Kopfschmerzen; deswegen wurden auch „auf höheren Befehl“ die meisten der Angeklagten verurtheilt, trotzdem die Herren Vertheidiger die Unschuldigkeith der Anklage auf das Schlagendste bewiesen hatten.

Während der Verhandlung weigerten sich einige Angeklagte, Entlastungszeugen anzuführen, weil der Staatsanwalt Anfangs etliche derselben sofort als sozialistischer Umtriebe verdächtig notirt hatte. Die Angeklagten verzichteten also Angesichts solcher Zusätze auf ihr Recht, weil sie die Betroffenen nicht den Unannehmlichkeiten einer Handdurchsuchung oder gar der Inhaftirung aussetzen wollten.

Wenn im Verlaufe der Verhandlung von dieser oder jener Seite auch nur andeutungsweise im Entzerrten die Unparteilichkeit oder die Gewissenhaftigkeit des hohen Gerichtshofes in Frage gestellt wurde, dann führen diese sauberen Richter, höchstwahrscheinlich von ihren Gewissen geleitet, in die Höhe, wurden jähherroth vor Wuth und verwahrten sich auf's Eifrigste vor solchen Anzüglichkeiten.

O, Ihr armen Richter!

Die Untersuchung dauerte, bei dem absichtlichen Schnelgange des Prozeßes, bei den meisten Inhaftirten 5—6 Monate und darüber. Während

derselben wurden ihnen die eigenen Bücher unter einem nichtigen Vorwande auf Befehl des Präsidenten abgenommen; man ließ sie also quasi geistig hungern. Aus dem Benehmen eines Menschen gegen die seiner Obhut anvertrauten Personen, namentlich wenn sie, wie in diesem Falle, unglücklich und ohnmächtig sind, kann man erkennen, ob er ein sittlich gebildeter Charakter, ein Kulturmensch, oder ob er eben ein Barbar ist. Ich schon das Kenne des Herrn Landgerichtspräsidenten von Jankowsky ein wenig vertrauenswürdiges, so war dennoch Jeder, der sich genügt sah, ihm irgend eine Beschwerde vorzubringen, geradezu erkannt über die zynische Rohheit und büffelmäßige Grobheit dieses Patrons; und es gab oft heftige Anstöße seitens unserer Genossen mit diesem Duldenbeißer von einem Menschen, wobei ihm die Meinung immer gut und dersh gesagt wurde, was bei seinem Hochmuth recht beschämend für ihn sein mußte.

Ich will indeß nichts weiter darüber sagen, denn kommt es höheren Orts zur Kenntniß, so kriegt er vielleicht gar noch einen Orden, was ich gern verkleben möchte; deshalb breite ich den Mantel sozialdemokratischer Rücksicht über seine anderen Missthaten. Aber der arme Mann muß vielleicht auch nur im höheren Anstöße so brutal handeln; er soll früher nicht so gewesen sein.

Sollte da nicht vielleicht unser Justizminister, ein Herr von Praxal, der unter den österreichischen Justizkollektoren ungefahr denselben Rang einnimmt wie der Stallmeister im Zirkus, bei seinem letzten Besuche in Prag seinen gewichtigen Einfluß geltend gemacht haben? Dem Benehmen nach wenigstens soll diese edle Bedienstete der Reaktion verordnet haben, daß die verurtheilten Sozialisten nicht als politische Verbrecher behandelt werden sollen. Kommentar überflüssig.

Wenn man die höheren Kategorien der österreichischen Beamtenwelt betrachtet, so wundert man sich über die vielen „Exzellenzen“, die vielen „von“ und die vielen Orden. Wie sind diese Leute zu ihrem Adel gekommen? Woher bekommen sie ihre Orden? Je nun, die Reichen erheben all' dies für Dienstleistungen, die einer Schurkerei so ähnlich sehen wie ein Ei dem andern. Es würde mich wundern, wenn insolge solcher Konstreprozeße nicht wieder einige neugebackene Edelleute geschaffen würden; oder sollen unsere Prager „Unabhängigen“ so genüßsam sein, daß sie ungerechter Weise etliche dreißig Familien in's Unglück stürzten, sich mit einem Orden oder einer geringfügigen Dotation zufriedien zu geben?

Früher konnte ich nicht begreifen, warum der alte Adel so stolz auf eine große Reihe von Ahnen ist. Jetzt geht mir allgemach ein Licht auf! Früher, in alten Zeiten, soll man nämlich zuweilen insolge muthiger und ritterlicher Großthaten geadelt worden sein.

Da man aber heute dagegen meist charakterlose, aber desto eifrigere Schurken adelt, so sehen sich die alten Aristokraten genüthigt, mit peinlicher Hartnäckigkeit auf ihren alten Stammbaum zu verweisen, damit man sie nicht so mit nichts, die nichts mit ihrem neugebackenen Standesgenossen, dem P. T. Herrn Schuft von Schufstinsky, in einen Topf werfen möge.

Alles begeben, heißt Alles verzeihen.

Im Uebrigen sympathisirt in Folge dieses Prozeßes die Bevölkerung mehr als je mit unseren Verhaftungen; viele, die sich selber nicht um uns kümmern, sind in Folge der vielen sensationellen Verhaftungen, Handdurchsuchungen u. s. w. erst recht aufmerksam geworden, und gewinnen wir täglich aus diesen Reihen neue Anhänger. Derartige Verhaftungen können nur den betroffenen Personen schaden, sie schaden Niemand, und nützen der Bewegung, indem sie dieselbe nur noch mehr ansprechen.

Luzifer II.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 21. Februar 1883.

— Aus dem deutschen Reichstag. Aus Berlin, 15. Februar, wird uns geschrieben: Die Zahl 13 ist eine Unglückszahl. Das hat die sächsische Regierung am 13. de. erfahren. Gelegentlich der Wahlprüfungen wurde sie auf die Anklageband gesetzt, und die plumpe Vertheidigungsrede des traurigen Beschuldigten Adersmann, der die Stelle des freiwilligen advocatus diaboli (Anwalt des Teufels) spielte, dicte nur dazu, die Sache der Angeklagten so heillos zu verwickeln, daß dieselbe vom Reichstag fast einstimmig der nichtswürdigsten Handlungen schuldig befunden und der ganz Deutschland gebraucht wurde. „Die sächsischen Beamten haben es weit schlimmer getrieben als die preussischen Landräthe“ — „den sächsischen Behörden und der sächsischen Regierung muß tüchtig auf die Finger geklopft werden.“ — „Das ist ja ein abscheulicher Unfug“ — erdante es von fortschrittlicher, sezessionistischer und nationalliberaler Seite — wir Sozialdemokraten haben der Prozedur lachend zu —, und Niemand, Niemand, mit Ausnahme des in jeder Hinsicht bedenklischen Adersmann, hatte ein Wort für die angeklagte sächsische Regierung. Herr von Rostk-Ballwig, der Bundesratskommissar — Vetter des gleichnamigen Ministers, der sich wohlweislich fern gehalten hatte — sah wie auf einem glühenden Roß und rückte unruhig hin und her, verlegte, verzweifelte Blicke nach seinen „Kollegen“ an den Bundesratsräthen und seinen Freunden auf den Bänken der Rechten wendend — ein Bild des Jammers. Er sammelte ein paar Entschuldigungen, und wählte u. A. die standalöse Wahl-Bereinigung durch die Beamten auf Konto der „Wahlfreiheit“ bringen, welche auch den Beamten nicht verflücht werden dürfe — allein durch seine albernen Entschuldigungen verschlechterte er nur noch seine Position. Und was ihn am Ärgsten wurmen machte, war die Gleichgültigkeit seiner Kollegen und Freunde, die ihn — nicht ohne sichtbare Spuren der Schadenfreude — in der Patsche ließen. Den preussischen Herren Landräthen und deren Gönnern war es ein gefundenes Fressen, daß der sächsische Amts- und Kreisoberhauptmann zum Ständenbod gemacht wurde, und die parlamentarischen Jornebilde von ihren Häuptern ablenkte.

Zu einer Sitzung des Reichstags vier sächsische Wahlen wegen der kraftlosen Unregelmäßigkeiten und Beamtenübergriße beanstandet — das ist unerhört! Und von der Wahlprüfungskommission sind schon zwei weitere sächsische Wahlen beanstandet, und werden zweifellos auch von dem Plenum beanstandet werden. (Bereits geschehen. Red.)

Die Wahlprüfungskommission hat diesmal sehr gut gearbeitet, und die Berichte, welche sie veröffentlicht hat, lassen an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Mit besonderem Eifer trat für die Beanstandung der Leuzschauer'schen Wahl (Glauchan-Rezervat) Herr Böckel ein. Das muß hier anerkannt werden, da er obgleich Böckel bei den Lesern des „Sozialdemokrat“ wegen der bekannten Affäre mit Rödiger (nach dem Robbing-Attentat) in schlechtem Andenken steht. Uebrigens — das sei hier erwähnt — behauptet Herr Böckel auf das Entschiedenste, daß er an jener Affäre vollkommen unthätig sei, und keinerlei Borwurf verdienen. Weit entfernt, zur Mißhandlung Rödiger's provozirt zu haben, sei er nach Kräften bemüht gewesen, denselben gegen gewisse rohe Patrone zu schützen. Ich bin natürlich nicht im Stand, Hr. Böckel ins Herz zu sehen, und auch mit den Einzelheiten jenes Vorganges nicht genaugen vertraut, um die Behauptungen des Herrn Böckel einer thatsächlichen Kritik zu unterziehen — allein auch den Fall gesetzt, Herr Böckel schildere die Vorgänge mehr seinen heutigen als seinen damaligen Auffassungen gemäß, so ist man ihm doch die Gerechtigkeit schuldig, von seiner jetzigen Darlegung des Sachverhalts Akt zu nehmen. Herr Böckel gehört zu den „Bekehrten“, die, gleich Lasker und Braun, über ihre Haltung im Jahr 1878, speziell ihre Bedenkenleistungen beim Sozialistengesetz, Neue und Zerstückung ausdrücken. Immerhin ein nicht unerwünschtes Zeichen der Zeit. Durch Neue und Zerstückung schüttelt man zwar nicht die Verantwortlichkeit

*) „Was muß, das muß mich, das ist Buß!“

für begangene Sünden und Verbrechen ab, erwirbt sich aber mitunter Anspruch auf „mildernde Umstände.“

Von unserer Seite wurde durch Hasenclever auf den Doppel-Lieselsand aufmerksam gemacht, daß die Wahlsprüchungskommission, trotz angestrengtester Arbeit der Mitglieder, in Folge von Ueberbürdung und mangelhafter Organisation mit ihren Prüfungen und Berichten zu langsam von der Stelle kam, und daß die, bei Beanstandungen von Wahlen angeordneten Untersuchungen zu langsam geführt würden, so daß meistens der größte Theil der Session, wo nicht die ganze Session vorübergehe, ohne daß eine Ungültigkeitserklärung ausgesprochen werden könne. Man gab allseitig die Mängel des jetzigen Systems zu, und wir werden bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auf den wichtigen Punkt zurückkommen.

Die dritte Lesung des Etats hat drei Tage gedauert. In der Generaldebatte sprach Geiser und polemisierte gegen die fortschrittliche Spartheorie und Proxis, welche das Große schont und das Kleine mit Verfeinerung angreift. Außerdem zeigte er durch genaue Berechnungen, daß eine vernünftige Progressiv-Einkommensteuer die von den Wirtschaft- und Sozialreformern erprobten indirekten Steuern und Monopole überflüssig machen, und die Befriedigung aller vernünftigen Staatsbedürfnisse ermöglichen würde.

Ein kurioses Soldatenabenteuer, das Hasenclever gehabt, wurde von diesem dem Reichstag erzählt und gab Anlaß zu einiger „Geisterlehre“, so wenig heiter es im Grunde war. Im stenographischen Bericht werden die Details fehlen.

Die Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses, welche im Parteiorgan gerügt worden sind, wurden von uns beim Postetat nicht zur Sprache gebracht, weil sie sich bei weitem vorteilhafter und wirksamer bei einer anderen Gelegenheit behandeln lassen, wo das herrschende Polizei- und Spitzelsystem in seiner Gesamtheit und im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz gezeigelt werden kann. Wird bloß die Post angegriffen, so bleibt Herr Stephan in allen Fällen der Ausweg und die Anrede, die Post sei ganz unschuldig und die Polizei allein habe die Verantwortung. Dieser Ausweg muß verstopft, dieser Anrede muß von vornherein vorgebeugt werden.

Mit Hilfe einer Abendkündigung wurde die dritte Lesung des Etats heute beendet. Natürlich stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten — und nur sie — gegen den Etat in seiner Gesamtheit.

Erst am 3. April wird der Reichstag wieder zusammentreten und sofort die Beratung über die Gewerbeordnungsnovelle und des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes beginnen. Die für beide Gesetzesentwürfe erwählten Kommissionen haben ihre Arbeiten zu Ende geführt, und die Berichte werden in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Die Nationalliberalen und andere parlamentarische Hasenfüße haben von einer drohenden Auflösung des Reichstags. Offenbar ist dieses Schreckgespenst die Ausgeburt der Angst vor der eigenen Oppositionslähmung, — welche diesen Herren sicherlich gefährlicher erscheint als dem Fürsten Bismarck.

Die Gesunden bedürfen des Krates nicht, wohl aber die Kranken. So heißt es im Neuen Testament, die christlichen Leuter des neuen preussisch-deutschen Reichs aber denken umgekehrt: erst die Gesunden und dann die Kranken. Das zeigt sich wieder einmal ganz besonders deutlich in der Behandlung der Militärpensionsfrage. Gesunde, kräftige Leute aus dem Offiziersstande werden massenhaft pensioniert, angeblich, um einen „schneidigen“ Offiziersstand zu erhalten, tatsächlich aber nur aus dem einzigen Grunde, damit sie dem Avancementsbedürfnis ihrer „Kameraden“ nicht im Wege stehen, besonders denen vom Adel. Ein bürgerlicher Hauptmann, das läßt sich noch bei dem großen Bedürfnis nicht vermelden, ein bürgerlicher Major aber, das ist ein sehr fatales Ding, weshalb von 100 bürgerlichen Hauptleuten 99 an der Majoratide „umfallen“ und auf Kosten des Staates, d. h. der Steuerzahler, pensioniert werden. Aber auch abelige Offiziere müssen daran glauben, und so kommt es denn, daß schon heute unter der Wirkung des bestehenden Militärpensionsgesetzes die aktive Dienstzeit der Offiziere durchschnittlich 22 1/2 Jahre, der Pensionsstand durchschnittlich 15 1/2 Jahre dauert. So erklärt es sich ferner, daß das deutsche Volk ein pensioniertes Offizierscorps erhalten muß von

537 Generalen,
659 Obersten,
659 Oberstleutenants,
1622 Majors,
1770 Hauptleuten und Rittmeistern,
1949 Rentnants.

Dabei ist der nicht auf dem Invalidenfonds stehende bayerische Pensionsstand noch nicht mit eingerechnet. Die Pensionen für jene Offiziere betragen jährlich 23 Millionen Mark. Das ist eine Summe, größer als diejenige, welche die deutschen Einzelstaaten an Zuschuß für die Unterhaltung der Volksschulen und Volksschullehrer leisten.

Aber das genügt Wilhelm und seinen militärischen Rathgebern noch nicht. Und so haben sie denn eine Novelle zum Militärpensionsgesetz eingebracht, nach welcher die Pensionen — der Offiziere natürlich — aufsteigend um circa 25 Prozent erhöht werden sollen. Das würde jährlich ungefähr 2—3 Millionen mehr betragen, als heute schon bezahlt wird, bezahlt wird an Leute, die meist noch sehr arbeitsfähig sind: denn das durchschnittliche Pensionsalter im Offiziersstande beträgt 39 Jahre. Haben die Premierlieutenants, Hauptleute „a. D.“ Geld, so amüßten sie sich als Staatskassendirektoren, haben sie keines, so melden sie sich zu allen „Landesgemäßen“ Beschäftigungen zu wahren Zummernpreisen, da sie ja ihre Pension nebenbei beziehen, d. h. machen den Privatpersonen Schmutzkonkurrenz.

Der Unwille über diesen Unsin ist im Lande ziemlich allgemein, und so zeigte sich auch der Reichstag der Novelle gar nicht sehr günstig, trotzdem die Konservativen und kirchlichen Junker über diese Schädigung der Wehrkraft“ Jeter schrien. Aber Wilhelm läßt nicht so leicht loden, wenn es sich um sein liebstes Militär handelt. Der Reichstag war in der Streichlaune — hat er doch vom ganzen Etat, der mehr als 500 Millionen beträgt, wirklich ca. 13 Millionen abgeschrieben! — da galt es also zunächst, Zeit zu gewinnen. Und wer erwies sich da wiederum als die allzeit gefügigen Diener? Die Ultramontanen, Windthorst voran. Es war eine herrliche Komödie, die da aufgeführt wurde, unter dem Motto: Der Kaiser wünscht es. „Der Kaiser wünschte“, daß der Entwurf ganz unverändert nach der Vorlage angenommen werde, und der Kaiser wünschte ferner, daß der Antrag, nach welchem auch die höheren Militärs, die pensionierten Offiziere zu den Kommunalstellen herangezogen werden können, abgelehnt werde, und weil es der Kaiser wünschte, darum drohte der Kriegsminister mit Entlassung, darnach ward hinter den Kulissen des Reichstags getuschelt und geschwiegt, und weil es der Kaiser wünschte, darum beantragte Windthorst in der Sitzung vom 12. Februar Zurückgabe dieser im Prinzip bereits erledigten Beschlüsse an die Kommission und Verpflanzung dieser am sieben Mitglieder, damit die neu hinzukommenden Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen den Ausschlag im Sinne des Kaisers geben können. Und Konservative, Centrum und Nationalliberale stimmten einmütig für die Vertragung. So wird auch wenn die Osterferien vorüber, während deren der „Apparat“ arbeiten kann, der Schlußschreib lassen, das Volk wird wieder neue Lasten aufgeschoben bekommen, den Kommunen wird die gewünschte Entlastung verweigert werden — weil der Kaiser es wünscht. Und wieder ist es das Zentrum, sind es die Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht, welche nach

rechts einschwenken. In der That, Genosse Kayser hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er den Herren jüngst zurief: sie werden von Tag zu Tag nationalliberaler.

Die Herren Offiziere a. D. aber, und diejenigen, welche es werden wollen, sind schon heraus.

Dies ist eine Seite der Frage, nun aber die Rehrseite der Medaille. Von Berlin geht uns der nachfolgende Brief zur Veröffentlichung im Parteiorgan zu:

„Als sich nach dem Kriege von 1870—71 auf Schritt und Tritt die tiefen Wunden offenbarten, die derselbe auch dem siegreichen Volke geschlagen, beileisten sich die Nordpatrioten, durch Einbringen und Annahme des Reichsinvalidengesetzes und Gründung des Invalidenfonds zu beweisen, daß „das Vaterland“ nicht nur Opfer an Gut und Blut seitens der Angehörigen verlange, sondern daß es auch die in seinem Dienst empfangenen Wunden wieder heile, daß es für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen glänzende Sorge und ihnen eine sichere und sorgenfreie Zukunft gewähre. Wenn sich auch schon mancher Fragezeichen erhoben hat gegenüber dieser Behauptung von der gesicherten und sorgenreichen Zukunft der Invaliden, und Mancher mit seinem Ausprüheln auf Pension abgewiesen wurde, der sein einziges Gut, seine Gesundheit und seine Arbeitskraft vor Sedan oder vor Paris für immer verloren hat, weil er die Ursache seines Siechtums formell nicht genügend nachweisen konnte, so ist es doch geradezu unerhört und eine Schande für unsere Nachhater, daß Denjenigen, welche die größten Qualen ausgestanden haben, welche die schrecklichsten und entsetzlichen Folgen aus dem Kriege heimbrachten, meist jegliche Unterstützung verweigert wurde. Und wer kann wohl größere Leiden und Qualen ausgestanden haben als die Krumpen, die von denselben so erschüttert wurden, daß sie darüber ihren Verstand verloren, die in Folge der schrecklichen Ereignisse, der Ueberanstrengungen und Entbehrungen des Krieges irrsinnig wurden? Nun, die meisten dieser Allerärmsten sind thatsächlich von den „Wohlthätern“ des Reichsinvalidenfonds ausgeschlossen!

Der Oberarzt an der Irrenanstalt Berned in Bayern, Dr. Schwaab, führte auf der diesjährigen Versammlung der deutschen Irrenärzte in Eisenach den Nachweis, daß zwei Drittel der geisteskranken Kriegsinvaliden ohne eigenes Verschulden deshalb keine Pension, resp. Unterstützung erhalten haben, weil sie entweder ihres Zustandes wegen nicht in der Lage waren, vor dem Ablauf des im Reichsinvalidengesetz auf den 20. Mai 1875 festgesetzten Präkursstermins überhaupt Besuche einzureichen, oder weil die schleichende Krankheit erst nach Ablauf dieses Termins zum vollen Ausbruch gekommen ist.

Nur in Württemberg ist in einzelnen Fällen geisteskranken Invaliden auch nachträglich die Pension gewährt worden, wenn der Nachweis geführt werden konnte, daß Geisteskränkung zur Zeit des Präkursstermins bereits ausgebrochen oder in der Entwicklung begriffen war. Daß auch dies bei dem traurigen Zustand der Betroffenen oft nicht möglich ist, liegt auf der Hand; daher auch hier nur in einzelnen Fällen das Besondere nachgeholt wurde.

Für die Schmarotzer am Kaiserlichen Hoflager, für die Willow, Bäckler, Monch, v. d. Goltz, Altschulz, Verdy du Vernois, Lehndorff, Kozimil, Lindquist, Walder, Walder, Branchy, Brösche, Wilimowski zc. zc. — für diese wird gewiß auf's Beste gesorgt, und Demen werden die ungeheuerlichsten Liquidationen ohne allen Anstand honorirt. Daß sich aber für die armen irrsinnigen Invaliden bis jetzt auch nur eine dieser Säulen des Reichs oder der milde Wohlthun oder der milde Fritz selbst verwendet, davon hat man noch nie etwas gehört.

Die Gesamteinkünfte des preussischen Königshauses belaufen sich gegenwärtig, abgesehen von dem Privatvermögen der einzelnen künftlichen Persönlichkeiten bloß auf 16,719,000 M. jährlich.

Wohnte doch einer unserer Reichstagsabgeordneten bei den Budgetberatungen sich dieser besagten Opfer des Krieges annehmen, ihre traurige Lage zur Sprache bringen und darauf dringen, daß auch ihnen gelegentlich die Unterstützung gewährt werde, auf die sie und ihre Angehörigen thatsächlich doch vollen Anspruch haben.“

Soweit der Brief, der trotz oder gerade wegen seiner einfachen Sprache keines Kommentars bedarf.

Für die gesunden Pensionäre, d. h. die Offiziere, wird gesorgt, die kranken Invaliden aber läßt man verkommen.

Und das renommirt noch mit seinem praktischen Christenthum

— Aus der „guten Gesellschaft.“ Anjungs dieses Monats „beglücken Ihre Majestäten der König und die Königin von Sachsen“ das belagerungszuständige Leipzig mit ihrem „allerhöchsten Besuch“ und stuteten einen solchen auch dem Theater ab. Natürlich war dasselbe an dem betreffenden Abend von der Geburts- und Finanzaristokratie und der hohen Bureaucratie überfüllt, und glänzte Alles, insbesondere die „Damenwelt“, in den reichsten Toiletten. Man hätte entsprechend einer solchen Versammlung „gebildeter und geistreicher Elemente“, der „Crème der Gesellschaft“, auch eine geistig anregende Aufführung erwarten sollen, etwa ein klassisches Drama, ein seines Lustspiel oder eine unserer besten Opern. Statt dessen ward „auf allerhöchsten Befehl“, wie der Theaterzettel ausdrücklich ankündigte, eine geistlose Posse, „Kryby-Byry“, ein ganz erbärmliches Nachwerk, vorgeführt, woran sich die hohe Versammlung erbaute und ergötzte.

Kann die geistige Verkommenheit unserer höchsten und allerhöchsten Gesellschaft sich niederschmetternder charakterisiren?

In Berlin besucht Se. Majestät der Kaiserin mit Vorliebe das — Ballet, das kaiserliche Königspaar amüßert sich auf einer Festrreise an einer erbärmlichen Posse!

Das entspricht genau dem Durchschnittsgrad von Bildung und Moral, den unsere herrschenden Klassen besitzen. Das Dresdener Hoftheater hat die Geylogeneit, an einem bestimmten Tage jeder Woche ein klassisches Drama (Tragödie oder Schauspiel) zu geben, aber diese Vorstellungen, von einem gut geschulten und ausgebildeten Personal angeführt, sind von Seiten des Hofes, der Aristokratie und Bourgeoisie meist äußerst schwach besucht, nur die oberen Galerien, wo der Pöbel sitzt, sind dicht besetzt. Ganz natürlich. Das Volk allein hat Ideale, Sinn für edle, gehaltvolle Sprache und Gesühle, höhere Gerechtigkeit, diese Grundzüge der Handlung, die das Drama zur Darstellung bringt. Wie können die herrschenden Klassen sich für Eigenschaften begeistern, die ihre Herrschaftstellung anschlößen, untergraben?

Wie nach dem berückichtigten Worte von Dr. Dubois-Reymond die Universitäten die Stätten sind, wo die geistige Leibgarde der Hohenzollern herangebildet wird, so sollen die Theater die Stätten sein, wo die Korruption der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen überhaupt dem Volke eingepimpft wird. Daß man ab und zu der Klaffigkeit ein wenig Rechnung trägt, ist nur Brimborium, Zuthat, die man anwendet, um die wahre Absicht zu bemaßeln.

Aber es naht die Zeit, wo das Volk, wie einst Christus die Händler und Schacherer aus dem Tempel, die Korruption aus den Theatern wirft, die Kirchen schließt und sich neue, lebensfreudige Bildungshäuser öffnet.

— Die „Frankfurter Zeitung“, schreibt uns ein Genosse, hat einen merkwürdigen Scharfblick. Sie entdeckt die Landmannschaft der Menschen schon an deren Keuferem, und zwar stellt sie solche Fortschritte an, um im Interesse der Merikalen Partei sozialdemokratische Erfolge zu verfeinern. Waren da in Köln zwei Arbeiterversammlungen, in welchen der katholische Gesellenverein unter Führung der kirchlichen Abgeordneten mit den Sozialdemokraten saß, und in welchen den kirchlichen ekklatante Niederlagen bereit wurden — was that nun die „Frankfurter Zeitung“? Sie kann natürlich den Erfolg der Sozialdemokraten nicht ableugnen, deshalb macht sie die Versammlungsbefucher zu „Ausländer“, indem sie behauptet, daß die Mehrheit seiner Versammlungen aus „Sachsen und Schwaben“ bestanden habe. Ganz nach berühmten nationalliberalen Mustern, die früher die „unreifen jungen Burschen“ aufmarschiren ließen, läßt jetzt das Organ Sonnemann's die „Sachsen und Schwaben“ aufmarschiren. Da Sachsen und Schwaben überwiegend protestantisch sind, so sollte durch die „Frankfurter Zeitung“ Stimmung dafür gemacht werden, daß die Sozialdemokraten unter den katholischen Arbeitern keinen Erfolg erzielen können. Die Wahrheit sollte so in ihr Gegentheil verkehrt werden. Hinzu kommt noch, daß jener Berichterstatter wahrscheinlich gar nicht in jenen Versammlungen war, sondern einfach eine Photographie nach der ultramontanen „Köln. Volkszeitung“ geliefert hat.

Es ist überhaupt ein merkwürdiges Ding mit der Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“ und mit dem „Demokraten“ Sonnemann. Dieser „Demokrat“ ist ganz Fortschrittsmann geworden und jaubert auf sein Gesicht das süßliche Nüchtern, wenn ihn der Fortschrittskollaborator Richter einiger Worte würdigt. Spricht einmal Herr Sonnemann, so wird, auch wenn im Reichstag kein Mensch Bankierweicheit hören will, seine Rede in den Zeitungen Wort für Wort mitgeteilt, weil die Berichterstatter erhoffen, schließlich auch einmal an Sonnemann's „Frankfurter Zeitung“ ein paar Mark verdienen zu können. So ist die Rede Sonnemann's über die „Cimbria“-Affäre zu einem großen Erfolge aufgedaucht worden. Die Sache lag aber so, daß Eugen Richter, der erkannt hatte, daß die ganze Interpellation verfehlt war, zurücktrat und Sonnemann vortreten ließ, der sich glückselig fühlte, im Namen der vereinigten Fortschrittspartei und „Demokratie“, rocto Börsendemokratie, zu reden. Und „schön“ war diese Rede. Nach der „Frl. Ztg.“ soll Herr Sonnemann das in den Zeitungen vorhandene Material brillant beherrscht haben, im Reichstag aber wurde behauptet, daß er sogar die Zeitungsausschnitte, welche die „Frankf. Ztg.“ nicht brauchen konnte, zu seiner Rede verwendet habe.

Man denke, welcher Hochgenuss!

— Preussisches aus Sachsen. Vorigen Donnerstag mußte Genosse Preißer sich im Bezirksgefängnis Grimma stellen, um die ihm auf Kommando des sauberen Reichsgerichts nachträglich zubillirten zwei Monate für das bekannte Kuer'sche Fingblatt zu „verbüßen.“ Er hatte an die zustehenden Behörden das Gesuch gerichtet, die Strafe in Leipzig abhören zu dürfen, weil er dort Verwandte und Freunde hat, die ihn mit Betrug, Wähe, Bückern u. s. w. versehen könnten. Das Gesuch wurde jedoch abgelehnt, wodurch der Justiz und den Behörden absolut kein Vortheil, dem Genossen Preißer aber bedeutender Nachtheil erwächst. Es gehört das zur „sächsischen Gemüthlichkeit“, die nenerdings zu so hoher Berühmtheit gelangt ist und — zu noch höherer gelangt wird. — Genosse Babel wird am 9. März sein Strafenstratum absolviert haben.

— Aus Dresden, den 16. Februar, schreibt man uns: Unsere „gemüthliche“ Regierung hat Pech — vor 14 Tagen mit dem Campagnon Schmidt, vor drei Tagen die Wohnung mit den beanspruchten Wahlen. Herr v. Rostiz-Wallwitz hat es natürlich soweit gebracht, daß Sachsen wieder einmal, wie zur Blüthezeit des Herrn Beauß, der verrauschte Staat Deutschlands ist. Für die Justiz mit Schmidt ist es übrigens bezeichnend, daß hier Niemand glaubt, der hiedere Schmidt werde seine Strafe bis zu Ende abhören, sondern vielmehr alle Welt der Ansicht ist, der Edel werde gelegentlich, unter anderem Namen und mit gestülpter Tasche, drüben in den Vereinigten Staaten ankommen. Es ist dies sehr wahrscheinlich und man wird wohl thun, den amerikanischen Genossen eine Photographie und den Stechbrief des königlich sächsischen Polizei-Vertrauensmannes, Spieß, Spießhaken und Betrügers Schmidt zu übermitteln.

Unser Paul, der Freund des Schmidt, befindet sich in einem Zustand hochgradiger Aufregung. Jedesmal, wenn er einem Parteigenossen begegnet, wird er feuerroth und grüßt entweder verlegen oder blüht anderswohin. Wird er im Antje bleiben? fragen optimistische Leute. Warum nicht? Wird Herr v. Rostiz-Wallwitz im Antje bleiben? Das wäre die richtige Frage. Herr Rostiz-Wallwitz ist der Hauptschuldiige — und Herr Rostiz-Wallwitz denkt nicht daran, zurückzutreten. Sahe unserer Landtagsabgeordneten ist es, ihm in der nächsten Kammeression den Standpunkt klar zu machen und den Spiegel seiner — Kobleise und Kavaleritugend vorzuhalten.

— Was ist ritterlich? In der Reichstagsitzung vom 14. Februar zeigte der „schneidige“ Krawasser von Schorlemer-Kiß — engerer Kamerad des in unserem zweiten Leitartikel gekennzeichneten Herrn von Krasig — das er sich mit seiner Offiziersbeute, seinem ritterlichen Sinne und seinem bekannten Programme „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ sehr wohl verträgt, ganz erbärmlich zu denunzieren. Der ultramontane Junker renommirt nämlich damit, daß er den guten Kaiserpreis noch von 1849 her habe, wo er unter dem Prinzen von Preußen „gegen die Revolution gekämpft habe“, und setzte dann hinzu, „eine Thätigkeit, die allerdings ein Parteigenosse des Herrn Richter als den Thut des Satelliten des Tyrannen bezeichnete.“ Hört! hört! riefen Zentrumskente und Konservative in schneidiger Entzückung, während Genosse Kayser, und die Ranten der gesallenen Freiheitskämpfer hatten diese Gemüthung verdient, „Sehr richtig!“ rief. Sofort wandte sich der westfälische Junker gegen ihn: „Der Herr Abgeordnete Kayser sagt: sehr richtig! — Ich gratulire ihm zu dieser Bemerkung.“ — Bravo! rechts und im Zentrum verzeichnet der Bericht — „er wird vielleicht wissen, daß der damalige Preis von Preußen jetzt Seine Majestät der Kaiser ist.“

Allerdings mußte Kayser das, und daß er trotzdem sehr richtig! rief, macht ihm alle Ehre. Das ist aber für die Beurtheilung der Handlungsweise des edlen Herrcherrn von Schorlemer-Kiß gleichgültig. Er hatte die Pflicht, zu denunzieren, nach oben hin zu denunzieren, denn er weiß, daß Wilhelm diese Debatte (es handelt sich ja um's liebe Militär!) eifrig studirt. Deshalb dieser ganz unmotivirte Ausfall gegen Eugen Richter und die Schwentung gegen Kayser, als Richter schwieg. Die Besiegten beschimpfen und vor dem Sieger kriechen — in der That, sehr tapfer, sehr ritterlich!

— Vorwärts, immer vorwärts! In Limmer bei Hannover wurden am 31. Januar bei der Gemeindevorstandswahl zwei Parteigenossen einstimmig, bei der Schulvorsteher-Erwahl ebenfalls zwei Genossen mit absoluter Mehrheit gewählt. Bravo!

— Ferner was, dann kannst Du was! Die Kaiserin von Oesterreich nimmt jetzt, wie die Zeitungen melden, Unterricht im Fächten. Verschiedene Zeitungen halten sich darüber auf und meinen, das sei doch eigentlich recht unweiblich. Wir dagegen finden es von der „Amazonen auf dem Throne“ sehr vernünftig, daß sie sich bei Zeiten darauf einläßt, ihren Lebensunterhalt einmal durch — Fächten zu gewinnen.

— England. Es geht vorwärts! Aus Newcastle on Tyne erhalten wir folgende Zuschrift:

„Seit einigen Tagen spielen sich hier Dinge ab, die einer Erwähnung im Parteiorgan werth sein dürften, da sie der erste Versuch englischer Arbeiter sind, der liberalen Partei selbstständig gegenüberzutreten, und vielleicht eine Wendung in der englischen Arbeiterbewegung herbeiführen werden.“

Einer der Vertreter der Stadt Newcastle, Athon Dille, hatte freundschaftlicher sein Wanda niedergelegt, und der hiesige liberale Verein hatte nichts Geringeres zu thun, als einen der liberalen Wortführer, John Morley, Vertreter der Londoner „Pall Mall Gazette“, sich zu verschreiben, während, in den Arbeitern wie immer ein williges Stimmvolk zu finden. Allein schon längere Zeit hat sich bei einem Theil der englischen Arbeiter

*) Man sieht, die patentirte Ehrerbill in unserem materiellen Zeitalter gleichfalls sehr auf gute Bezählung

die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß alle die schönen Versprechungen der Liberalen und Radikalen eitel Wind sind und; daß die Interessen der arbeitenden Klasse am besten und nachdrücklichsten nur von Leuten; aus ihrer Mitte gewahrt werden können.

Diesem Gedanken gemäß trat ein Komitee verschiedener Arbeiterverbände zusammen und lud hierzu auch den „Arbeiter“-Abgeordneten Bur: ein. Wie nicht anders zu erwarten war, erschien dieser Streber und Anbeter Gladstone's nicht, sondern sandte ein Schreiben, worin er ermahnte, das Aufstellen eines eigenen Kandidaten hübsch bleiben zu lassen und für Feind und den Radikalen Morley, zu stimmen, in welchem die Arbeiter den bestmöglichen Vertreter finden würden. Auch ein anderer „Arbeiterführer“, ein gewisser Burnett, lehnte seine Mitwirkung unter dem Hinweis auf John Morley ab.

Das Komitee beschloß somit, auf die „Führer“ zu verzichten, und berief selbstständig eine Versammlung ein, die überaus zahlreich besucht war und in welcher trotz lebhafter Opposition ein hiesiger Drechsler, E. Copland, definitiv als Arbeiterkandidat ansgewählt wurde.

Man kann sich die Bestürzung und Wuth der Liberalen über dieses unerwartete selbständige Vorgehen der Arbeiter lebhaft denken. Köstlich ist das Gebahren der liberalen Presse. Schweichelchen wechseln mit Drohungen ab. „Ein Arbeiter ist niemals ohne die Hilfe der liberalen Partei gewählt worden und wird es auch nie werden,“ sagt sie. Gerade das Umgekehrte ist der Fall, erwidern die Arbeiter.

John Morley, der liberale Kandidat, spricht bereits von Sozialismus, diesem Schreckgespenst der Spießherren, zählt dann auf, was die Liberalen Alles schon für die Arbeiter gethan haben, und beweist schliesslich sein tiefes Studium der sozialen Frage durch die großartige Behauptung, daß in England Alles das längst erreicht sei, was die deutschen, französischen und russischen Sozialisten je verlangt hätten. Und dabei will der Mann Position sein! (Waram auch nicht? Der „Positivismus“ bringt noch mehr zu Wege. Die Red.)

An ein Durchkommen des Arbeiterkandidaten ist nun allerdings vorläufig nicht zu denken. Zwar gehören zwei Drittel der hiesigen Wähler dem Arbeiterstande an und könnten einen der Fritzen mit Leichtigkeit durchbringen, aber die meisten englischen Arbeiter sind so blindlings für Gladstone eingenommen, daß sie ein Aufstreten gegen einen seiner Anhänger geradezu für Verrath ansehen.

Es war ein betrübendes Schauspiel, als in der entscheidenden Versammlung gerade Arbeiter zu den heftigsten Opponenten gehörten und sozusagen gegen ihr eigen Fleisch und Blut wütheten.

Zedoch ein guter Anfang ist gemacht, und das selbstbewußte Auftreten der Newcastler Arbeiter wird ohne Zweifel anseuernd auf die Genossen der übrigen Stidde einwirken. Darum Glück auf! zu diesem ersten Versuch der englischen Arbeiter, sich den Umschlingungen der liberalen Heuschreckpartei zu entziehen!

Einem offenen Briefe des Arbeiterkandidaten Copland entnehmen wir folgende interessante Stellen:

„Obwohl ich meine Aufmerksamkeit besonders auf die eigentlichen Arbeiterfragen richten werde, werde ich doch nicht die allgemeinen Fragen unseres politischen Lebens vernachlässigen. Meine Grundsätze sind radikaler Natur, indem ich dafür bin, die Ursache unserer nationalen Krankheit direkt auf den Grund zu gehen, bei radikalen Krankheiten auch radikale Kuren anzuwenden.“ — „Ich würde mein Neusehstes aufbieten, die politischen Rechte des Volkes auszuweiden, und alle Maßregeln, die auf das allgemeine Wohlfahrt und eine gehörige Arbeitervertretung im Parlament abzielen, mit Vergnügen unterstützen.“ — „Was Irland anbetrifft, so bin ich stets für gesetzgeberische Unabhängigkeit desselben eingetreten.“

— Vom Monstreprozess in Dublin. „Der Prozess gegen die wegen der Ermordung von Cavendish und Burke angeklagten Männer“, schreibt uns Genosse Garcia, hat einen sehr ernsthaften Charakter angenommen. Zwei der am meisten belasteten Angeklagten, nämlich Michael Kavanagh und Joseph Carey, sind während des Prozesses plötzlich als Belastungszeugen aufgetreten, und wenn ihr Zeugnis nicht während des Prozesses erschüttert oder widerlegt werden kann, so scheidet die Berufung sämtlicher Angeklagten außer Zweifel. Kavanagh ist ein junger Mann, von Beruf Lokalmittler, und beschwört, er habe den Wagen gefahren, in welchem die Männer, die Cavendish und Burke tödteten, nach und aus den Pöblich-Park fuhren. Er rekonstruirt Kuller, Col. Brady, Rowles, Martin, Peter Carey, Kelly, Mac Caffrey, O'Brien, Hamilton, L. Hanlon, Doyle, Moroney, Delaney, B. Delaney, J. Kuller, Curlew, Smith, Hogan, Fitzharris, Caffrey etc., als nebst James Carey, dem anderen Kronzeugen, an der Affäre betheiligt. Von den Genannten waren, wie der Herrlicher James Carey selbst mittheilt, Mac Caffrey, Kelly, Brady, Curlew, Hogan, L. Hanlon, J. Carey und Kavanagh mit der Ermordung Burke's beauftragt. Gegen Cavendish sei nichts geplant gewesen; da er aber Burke begleitete, so habe man sich gezwungen gesehen, ihn zu tödten, um ihn zum Schweigen zu bringen. Brady und Kelly seien es gewesen, welche die eigentliche Tödtung vollzogen hätten. Brady habe zunächst Burke das Messer in die Brust gestochen, worauf Cavendish ihn mit dem Schirm in das Gesicht geschlagen habe; darauf habe Brady Burke dem Kelly überlassen, der denselben den Garzen machte, und sei selbst über Cavendish hergefallen. Nachdem er diesen getödtet, sei er noch einmal zu Burke gelangt, um sich zu vergewissern, daß er auch wirklich todt sei und habe ihm noch die Kehle durchgeschnitten. Auch beschwor Carey, daß der frühere Sekretär der Landliga, Thomas Brennan und Frank Byrne, der jetzige Sekretär der „Nationalen Landliga von Großbritannien“, wenige Jahre zuvor leitende Beamte des feindlichen Schweißbundes gewesen, aus denselben aber ausgetreten seien, bevor der „Nordbund“ — oder wie er ihn nannte, der irische Bund der Unüberwindlichen — gestiftet worden war. Das ist ein sehr alte Keimling, wir wissen hier längst, daß nicht nur Brennan und Byrne, sondern auch Davitt, Harrington und viele andere Führer der Landliga sich von den Feindern zurückgezogen haben, um die Landliga zu errichten. Es verlaunt, wie ich Ihnen jüngst schrieb, daß man für einen Zusammenhang zwischen dem „Nordbund“ und der Landliga Beweise liefern will; Manche behaupten sogar, daß Patrick Egan, der Schatzmeister der Landliga, das Geld für die Mörder geliefert habe. Ich selbst enthalte mich jeder Bemerkung darüber, denn noch dem, was in den letzten Tagen herausgekommen ist, wundert ich mich über nichts mehr. Erst sieht man, daß Carey zwar gesagt hat, daß Brennan und Byrne Mitglieder des Feuerbundes gewesen waren, daß er aber bis jetzt noch nicht gesagt hat, daß sie mit dem Nordbund etwas zu thun gehabt hätten. Was er noch sagen mag, um seinen Hals zu retten, ist eine ganz andere Sache. Ein Schuft wie James Carey ist einer tüchtigen Portion Lügen fähig. Dieser Hund war der leitende Führer der „Unüberwindlichen“; er war es, der die Andern hineingeführt hat, und er ist es jetzt, der ihnen den Strick um den Hals legt. Die verächtliche Niedertracht dieser Bestie findet ihres Gleichen nicht in der Geschichte. Er ist ein moderner irischer Raveillac und Judas in einer Person.“

Soweit Garcia. Bekanntlich ist inzwischen auch die Frau des oben genannten Byrne, welche die Mittel für die Exekutoren Burke's nach Dublin gebracht haben soll, verhaftet worden.

Der Herrlicher James Carey war Municipalschatz von Dublin und wurde als einer der größten Vorkämpfer für die irische Sache verehrt. Anfangs sah er auch auf der Anklagebank und beantwortete wie die übrigen Angeklagten die Aussagen Kavanagh's mit Höflichkeit. Letzten Samstag aber fand er sich bei Eröffnung der Sitzung nicht unter den übrigen Angeklagten zugleich ein, was diese — 29 an der Zahl — anfangs nicht bemerkten. Als er denn endlich in den Saal trat, nahm er auf der Bank der Kronzeugen Platz. Sein Bruder P. Carey, gleich

falls angeklagt, bedeckte sich vor Scham das Gesicht mit den Händen; die übrigen Angeklagten waren so von ihrer Entrüstung übermannt, daß sie vollständig außer Fassung geriethen.

Korrespondenzen.

— **Neudburg**, im Januar. In Schleswig-Holstein, dem Lande, wo Muth und Hontig fließt, herrscht politische Ruhe, werden die Genossen außerhalb denken, denn kein Laut von irgend einer politischen Thätigkeit dringt in die Öffentlichkeit. Doch wird hier, wie allerwärts, an der Weiterverbreitung unserer Idee emsig gearbeitet, das beweist nicht nur das Steigen des Abonnements auf das Parteiorgan und die oft verzeichneten Gesandungen aus der Provinz, sondern auch die Emsigkeit unter den Genossen. Wir sehen der nächsten Wahlkampagne mit Freuden entgegen, und werden zeigen, daß unter Befolgung der Devise „Einigkeit macht stark“ viel zu erringen ist.

Obwohl im Januar genug über die Wahlkampagne von 1881 geschrieben worden ist, kann ich nicht umhin, einige Heldenthaten der fortschrittlich-liberalen Verbindung hier im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis zu brandmarken. Als im Oktober 1881 unsere Genossen in den fortschrittlichen Wahlversammlungen erschienen, um nach beendeten Vorträgen des großen Hänel eine Debatte herbeizuführen, wurde jede Diskussion einfach vereitelt, indem die Herren Vorstehenden erklärten, daß jede Diskussion und die verlangte Baranzwahl unzulässig sei, da diese Versammlungen nur fortschrittliche Wählerversammlungen seien. In den vorhergehenden Einladungen zu den Versammlungen hatte man aber alle Wähler — zu denen wir uns auch mit rechnen — zu erscheinen aufgefordert, folglich waren wir auch zu obigen Forderungen und den energisch erbobenen Protest gegen solche Handlungen berechtigt. Wenn nun diese Versammlungen gut besucht waren, so ist das durch Lug und Trug gelungen, aber in Zukunft wird diese Kamerungerei nichts mehr nützen, und das große Wort des großen Hänel: „Die Sozialdemokratie muß offen bekämpft werden“ muß in ganz anderer Weise realisiert werden als dadurch, daß man hinter verschlossenen Thüren auf die Sozialdemokratie schimpft. Wir, Herr Professor, sind zu jeder Minute bereit, den offenen und christlichen Kampf mit allen Gegnern anzunehmen.

Troßdem das Lösungswort „Tod den Sozialdemokraten!“ von allen unseren Gegnern proklamirt wurde, fanden sich dennoch, trotz Fingelbänder- und Stimmentzettelwegnahme, welche von den Polizeibehörden angeordnet wurden, in unserem 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis 4746 muthige Männer, welche ihre Stimmen für unseren Kandidaten, Genosse Feinzel und Kiel, abgaben, was beweist, daß wir hier auf dem Posten sind, denn diese 4746 Stimmen haben unter solchen Umständen einen 3-4fachen Werth. Daß durch die oben angeführte Machination die Wahl des zukünftigen Justizministers Hänel eine erschwindelte ist, beweist die auf unsern Protest hin erfolgte Beantwortung seiner Wahl. Läßt der Reichstag Gerechtigkeit walten und erklärt die Wahl des Herrn Hänel für ungültig, dann, Herr Hänel, gibt es bald Gelegenheit, die Sozialdemokratie offen zu bekämpfen. Dazu gehört vor Allem das Abhalten von öffentlichen Versammlungen und das Gewähren vollständiger Redefreiheit, alsdann wird sich zeigen, wer Sieger bleibt.

Am 11. d. M. ist es uns gelungen, nach hähriger Pause hier wieder einmal eine Volkversammlung mit der Tagesordnung: Stellungnahme der Arbeiterbewegung und Umgegend zu der beabsichtigten Einführung obligatorischer Arbeitsbücher, abzuhalten. Dieselbe war von 300-400 Arbeitern besucht. Obgleich den Eubersäuren der Versammlung von Polizeiwegen bekannt gemacht wurde, daß, wenn ein sozialistischer Abgeordneter oder auswärtiger agitator erscheine, die Versammlung im Voraus verboten werde, entschlossen wir uns dennoch, die Versammlung stattfinden zu lassen. Drei hiesige Genossen übernahmen das notwendige Referat in der Voransetzung, daß einer unserer Abgeordneten eingeladen werde, um im gegebenen Falle in die Verhandlungen einzugreifen, zu welchem Zweck der Reichstagsabgeordnete Frohm e erschien und sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit erledigte. Unser Herr Bürgermeister als überwachender Polizeibeamter — denn wo Du nicht bist, Herr Polizei, da herrschen große Wüthen — unterbrach Genosse Frohme mehrmals, wagte es aber doch nicht, die Versammlung aufzulösen, die eine dem Arbeiterstand Ehre machende Verlauf nahm und eine Resolution beschloß, in welcher energisch gegen das Einführen obligatorischer Arbeitsbücher für alle Arbeiter protestirt wird.

Am Schluß der Versammlung erhielt der Eimberufer, Genosse Pittard, von dem getreuen Herrn Bürgermeister zum Gaudium Aller einen Brevier, daß Pittard den Herren Bürgermeister überlistet hatte. Weitere Versammlungen in dieser Angelegenheit sollten in Hensburg, Schleswig, Neumünster und Kiel stattfinden; es gelang aber nur hier, in Neumünster und Hensburg. In letzterer Stadt war Genosse Feinzel aus Kiel erschienen und entließte sich seiner Aufgabe ebenfalls zur vollen Zufriedenheit der Genossen.

Genossen allerwärts, laßt uns das Sprichwort „Einigkeit macht stark“ verwirklichen, schart Euch fest um das Banner der wahren Demokratie, damit durch unsere Thätigkeit die Schaar unserer Kämpfer von Tag zu Tag größer werde. Hinweg mit der noch vorhandenen Jagdbästigkeit, welche das Ausnahmeseiz bei Vielen von uns erzeugt hat. Schwärzt mit Umsicht und Entschlossenheit, alsdann wird uns das Rorgeroth der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bald am politischen Horizont leuchten.

— **Braunschweig**, 20. Januar. Es hat lange Zeit als eine Thatsache gegolten, daß die Regierungen der kleineren Staaten Deutschlands — wenigstens die meisten — sich dem Volke gegenüber weniger anmaßend zeigten, als dies von der preussischen Regierung von jeher geschah. Nicht, daß diese Potentaten freier dachten oder ihr Volk mehr liebten, sondern — und dies war wohl berechnet — damit in den Herzen ihrer Unterthanen nicht der Gedanke, oder der Wunsch aufzutauchen sollte, einstmals von Preußen annektirt zu werden. Seit der Einigung Deutschlands nun, und besonders seit Erlass des Sozialistengesetzes, ist von einem Unterschied in der Bevölkerung der weniger Freidenken, die dem Volke noch geliebt sind, nichts mehr zu spüren; ja die Polizei dieser kleinen Regierungen überbietet in der Handhabung des Sozialistengesetzes noch die preussische.

Die von Seiten der Reaktionsäre des Reichstages beabsichtigte Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ist z. B. sicher eine Maßregel, wie sie einschneidend für den Arbeiterstand nicht gedacht werden kann, und trotzdem wird es den Arbeitern an den einzelnen Orten Deutschlands verboten, sich in einer öffentlichen Versammlung gegen eine derartige Maßregel auszusprechen.

Drei hiesigen Bürger, welche eine öffentliche Versammlung betreffs einer Petition an den Reichstag gegen die Einführung der Arbeitsbücher bei der hiesigen Polizeibehörde angemeldet hatten, wurde dieselbe verboten und des § 9 des Sozialistengesetzes verboten. Zur Begründung des Verbots wird einfach gesagt, die Versammlung wäre von Sozialdemokraten angemeldet und hätte nur den Zweck, das massenhafte Auftreten der Sozialdemokraten herbeizuführen und das Interesse für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu fördern. Wie tiefstimmig! Also das Zusammenkommen einer Anzahl Arbeiter, um sich öffentlich gegen eine so befehrliche Gesetzesvorlage auszusprechen, wird als eine sozialdemokratische Bestrebung gedeutet. Gedanken an Fänden und Füssen, soll der Arbeiterstand werden, wie man heute die Argste Maßregel gegen ihn durchzuführen plant, ohne seine Stimme erheben zu können. In der That, die Polizei unferer Kleinstaatcs gerberdet sich noch ärger als die preussische, sie überrreicht sie. Wer's Euch, Ihr Arbeiter Braunschweigs, Herrn Polizeidirektor Orth aber rufe ich zu: Die Zeit wird kommen, wo Sie oder wer sonst Ihre Stelle gerade einnimmt, nicht mehr zu verbieten haben werden. Bruno.

— **Aus dem 15. sächsischen Reichstagswahlkreise Wittgensdorf**. Bei der am 9. Januar d. J. stattgefundenen Weimberathwahl gelang es, sämtliche von uns aufgestellten Kandidaten durchzuführen. Nach harter Arbeit hatten wir am Wahltag endlich die Gewinngewinnung über unsere Feinde zu triumphiern, trotz jahrelanger Verfolgung unserer Parteigenossen, die oft durch die nichtswürdigen Tennuniationen in Prozeffe verwickelt wurden. Ja, einer unserer Genossen wurde doch sogar wegen einer Rede im Gemeinderath, in welcher derselbe sich gegen Verwendung von Gemeindegeldern zu Beschenken für die höhere Sphäre des Landes von Sachsen aussprach, zu anderthalb Jahr Gefängnis verurtheilt und dadurch um sein Familienglück betrogen. Aber: lassen uns nicht einschüchtern, tregaltem und alledem werden die Wittgensdorfer Genossen stets auf der Warte stehen und treu zur

Fahne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit halten. Mögen unsere Gegner auch noch noch mehr sprühen; ruhig und sicher schreiten wir unserem Ziele zu. Soviel für heute, vielleicht ein andermal Etwas über die Denunzianten und sonstigen Reptilien. R a c h t i g a l l.

Reveille.

(Melodie: Frisch auf Kameraden, auf's Pferd etc.)

Sozialdemokraten! Auf, Brüder, herbei! Herbei zu dem Banner, dem roten! Durch Worte allein wird die Welt nicht frei — Zerhaut mit dem Schwerte den Knoten! Philtsterlein harret ewig auf Rath — Zur That schreiet lühn der Sozialdemokrat.

Ans der Welt die Freiheit verschwunden ist Durch Pfaffen- und Fürstennächte; Die Hungerpeitsche mit Hinterlist Schwingt schamloses Buch'rergerächte. Der die Welt von dem Kleeblatt erlösen nur kann: Sozialdemokrat heißt der wacker Mann!

Biel' schreien sich heiser: Der Fortschritt ist hier! Weil selbst sie sich heißen Fortschreiter; Und hinter dem Ofen, bei Tabak und Bier, Da find sie die tapfersten Streiter! Doch freiten und leben, so früh wie spät, Das kann nur allein der Sozialdemokrat!

Es singen: „Lieb' Vaterland, ruhig magst sein!“ Biel tausend verbendehte Knechte, Verlauschet vom Schlafrathruhm sehn sie nicht ein, Daß sie Hunde, gehet in's Geheite. — Wir nur reichen weitherzig Allen die Hand: Die Menschheit ist unser „Lieb' Vaterland“!

Hent' keiner den Anderen richtig versteht Im Denken und Reden ist Babel. Man sagt: Laßt die Welt eben geh'n, wie sie geht, Gerechtigkei, Gleichheit ist Babel. Rein Volk wär' länger des anderen Feind, Sobald eine Sprache erst alle vereint!

Frisch auf d'rum, Sozialdemokraten, heranz! Schließt zum Kampfe entschlossen die Reihen! Der die Welt wird erlösen, dem blutigen Strauß, Ist es Pflicht, auf're Leib zu wehen! Uns winket als Preis einst unsterblicher Ruhm, Wenn wir festhen und fallen für's Menschenthum.

Und wenn unser letztes Stündlein erscheint, So lassen wir freudig das Leben, Sind selig genug, wenn ein Weib uns beweint Und brave Genossen daneben. In den Himmel, der Arren und Schulte Staat, In den Himmel geht kein Sozialdemokrat! Friedrich Schaeffer.

Druckfehlerberichtigung.

In unserem vorigen Leitartikel: „Agrarische Bauernlänger“ ist zu unserem großen Bedauern ein arger, fiamenklärer Druckfehler stehen geblieben. Es heißt nämlich im ersten Absatz der zweiten Spalte: „Was aber wäre die praktische Folge dieser Wiedereinführung“ des Silbers? Ein Steigen der Baarenpreise, ein Sinken der Kaufkraft des Goldes.“ Es muß aber heißen: „ein Sinken der Kaufkraft des Geldes.“ — was bei dem heutigen Welschlohnstern für den Arbeiter durchaus nicht gleichgültig ist, während der Preis des Goldes für ihn ein direktes Interesse nicht hat.

Warnung.

G. Hoffmann in Kopenhagen (früher Redler in Leipzig) hat ihm in K. anvertraute Gelder wiederholt im eigenen Interesse verwendet, und warnen wir deshalb dringend, ihm ferner etwas anzuvertrauen. Seit Jahresfrist versprochene Abzahlung sich vom Halbe zu halten, suchte er sich schließlich mit Händeln aus dem Bereich der Verantwortung seinen Kopenhagener Genossen gegenüber, loszuschleifen. Wo er sich wieder andrängen sollte, bitten wir ihn energisch zurückzuweisen. Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten.

der Redaktion: Hinz in New-York: Leider für diese Nummer zu spät.

der Expedition: R. Stimm. Stbg.: Fr. 9,26 pr. Schft. erh. — P. Gen. Schwenen: M. 20. — pr. Abh.-Gto.; Franz, a/D. M. 16. — beaglichen, Solingen M. 24. — beagl. und M. 12. — a Ab.-Gto. Rest dts. erh. — P. in B. M. 3. — Ab. 1. Ou. durch Z. erh. — L. P. Paris: Rein. — B. B. Kbg.: M. 1,50 f. Schft. und Porto erh. — Bdt. Kbh.: Fr. 2. — Abon. 1. Ou. durch M. erh. — T. F. Paris: Fr. 10. — Ab. pr. 1883 dts. erh. — E. F. Beauvais: Fr. 5. — Abon. 1. und 2. Ou. erh. — P. R. Stbg.: M. 1,33 f. Schft. und Porto erh. — B. i. M. 6. — Abon. Rest 82 erh. Durch „Bef. f. Bdr.“ 1. Semester 83 bez. — Commerzrb. jr.: Fr. 2,45 für Schft. erh. — Hbrcht. O'rr.: Fr. 1,90 f. Schft. erh. — Hippocrates: Fr. 45. — a Gto. erh. — Brno: M. 80. — a Gto. Lo. erh. — A. B. G. M. d. d. 1. — für Schft. erh. — R. K. Lyon: Fr. 3,50 Ab. 1 Ou. S. n. A. erh. — Künftig nur an „E. d. S.“ oder „Réheres p. P.“ — R. Epidine Gen: Fr. 5. — Ab. 1. u. 2. Ou. für 2 Paris erh. — Radom, London: Fr. 116. — a Gto. Ab. erh. — Landkreis Cöln a/Mh.: Der betr. Zettel ermdhet nur das a 2 Baarbezahle. Dazu kommen noch Fr. 11,75 für Verthigung. Réheres denunzirt. — Rautwurf G.; M. 30. a Gto. Ab. Jan. und Febr. erh. haben Sie 60 Pfg. auf März gut. Nota lag dem Bl. bei. Preis M. 6. — Ab. durch Zwischenhand verstillmet. Hier richtig. — Die alte Garde: M. 27. — Ab. 1. Ou. durch G. erh. — Fideihander: Fr. 60. — a Gto. Ab. erh. Weiteres per P. R. — M. a Ende Rodewille: Fr. 5. — Ab. 2 Expl. März — Ende Mai erh. — „Laß dich nicht verblüffen“: M. 40. — a Gto. Ab. erh. und Weiteres besorgt. Bf. mehr. — Lehner am Boher: Am 23/12. 82 nur M. 3,10, nicht M. 4,10 erh. Diehe Reklamation im Bl. 1. — Prbhg.: dmsl 16. — Ab. 1. und 2. Ou. 83 2 Expl. und Schft. erh. Bf. und Nachlieferung f. — L. u. E. G.: Fr. 5,75 a Gto Ab. 4. Ou. 82 und 1. Ou. 83 erh. — E. L. St. Gallen: Fr. 11,20 pr. Schft. Gto Ausgleich erh. Fr. 10. — in Bsm. retourgehandt am 21/2. — Gebrüder Dught. St. Louis: 50-52 ab hier, 1-8 ab Rfj. nachgeliefert. Mehrst. eingereicht. — Kottfragen a. d. Cistlar: Radr. verpstet erhalten. Aenderung der Abz. trotzdem noch versucht.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. Der Vorstand.

Zur Beachtung!
New-York Arbeiter-Fortbildungsverein
Derselbe versammelt sich jeden Montag in Joan Grosz's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.
1.00] (8) Der Vorstand.